



Kiel, den 3. September 2026

Presseinformation

Verhandlungen im Nahverkehr – ver.di lehnt auch das zweite Angebot der Arbeitgeber ab

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Nahverkehr in Schleswig-Holstein sind heute ohne Einigung zu Ende gegangen. Nach mehreren Stunden Verhandlungen wurden die Gespräche auf den 22. September 2026 vertagt.

Zuvor hatte die Gewerkschaft ver.di auch ein zweites Angebot der Arbeitgeberseite abgelehnt.

ver.di hatte die geltenden Tarifregelungen zum 30. Juni 2026 gekündigt und für die Beschäftigten eine Erhöhung der Gehälter um 6,5 Prozent gefordert. Die Laufzeit der neuen Vereinbarung soll zwölf Monate betragen. Darüber hinaus fordert ver.di eine jährliche Sonderzahlung ausschließlich für Gewerkschaftsmitglieder in Höhe von 650,00 €.

Die Arbeitgeberseite wird in den Verhandlungen von den vier großen Nahverkehrsunternehmen aus Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck vertreten. Ein ausführlicher Punkt der heutigen Verhandlungen war erneut die Forderung nach einer Sonderzahlung, die nur ver.di-Mitgliedern zugutekommen soll. Die Arbeitgeber lehnen eine Sonderzahlung nur für Gewerkschaftsmitglieder ab.

„Eine solche Regelung können wir nicht vereinbaren. Sie wäre mit unseren Satzungsregelungen nicht vereinbar und damit rechtlich unzulässig. Wir werden keine Vereinbarung schließen, die rechtlich keinen Bestand haben kann“, erklärt Jan Jacobsen, Verbandsgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein.

Hinzu komme, dass diese Forderung nach Auffassung der Arbeitgeberseite nicht Gegenstand der aktuellen Tarifverhandlungen sei. Der entsprechende Tarifvertrag sei von ver.di nicht gekündigt worden. Für diesen Bereich bestehe deshalb weiterhin Friedenspflicht. Ein Streik zu dieser Forderung wäre daher nicht zulässig.

Jacobsen betont zudem: „Wir machen als Arbeitgeber keinen Unterschied zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten, die keiner Gewerkschaft angehören. Gleiches Geld für gleiche Arbeit ist aus unserer Sicht der faire und richtige Weg.“

Die Arbeitgeberseite hat in den Verhandlungen zwei Angebote vorgelegt. Das zuletzt vorgelegte Angebot sah eine Erhöhung der Gehälter um 2,3 Prozent zum 1. Juli 2026 vor. Zum 1. Juli 2027 soll eine weitere Erhöhung um 2,1 Prozent folgen.

„Mit unserem Angebot berücksichtigen wir insbesondere das Argument von ver.di, dass die Beschäftigten einen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten benötigen“, erklärt Andreas Ortz, Vorsitzender des Fachausschusses für die Nahverkehrsbetriebe des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein (KAV SH) und Geschäftsführer der Stadtwerke Lübeck Mobil GmbH.

Zum Vergleich: Der Verbraucherpreisindex, der die allgemeine Preisentwicklung misst, ist während der Laufzeit der vergangenen Gehaltsvereinbarung um rund 4 Prozent gestiegen.

„Vor diesem Hintergrund haben wir uns mit unserem Angebot, das in Summe eine Erhöhung um 4,4 Prozent vorsieht, bereits in einen Bereich bewegt, der aus unserer Sicht weit über das wirtschaftlich vertretbare Maß hinausgeht. Für die Nahverkehrsunternehmen ist die aktuelle wirtschaftliche Situation herausfordernd. Neben den gestiegenen Kosten belasteten insbesondere die Umstellung der Busflotten auf Elektroantriebe und die hohen Kraftstoffpreise die Unternehmen erheblich“, so Ortz.

Jacobsen verweist außerdem darauf, dass erst zu Beginn dieses Jahres im Rahmen der Manteltarifverhandlungen bereits finanzielle Verbesserungen vereinbart worden seien. „Vor diesem Hintergrund ist unser Angebot ein sehr großzügiger Kompromiss. Dass ver.di dieses Angebot ablehnt, ist für uns nicht nachvollziehbar. Damit wird den Beschäftigten eine schnelle und konkrete Gehaltserhöhung vorenthalten“, sagt Jacobsen.

Die Tarifverhandlungen werden am 22. September 2026 fortgesetzt.

Pressekontakte

Jan Jacobsen

Verbandsgeschäftsführer